

## 1911 – 2011

# 100 Jahre Internationaler Frauentag

Am 19. März 1911 gingen mehr als 1 Million Frauen in Dänemark, Österreich, Deutschland, in der Schweiz und in den USA auf die Straße, um vor allem für das Wahlrecht der Frauen zu kämpfen.

Den Internationalen Frauentag gab es auf Beschluss der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zum ersten Mal in der Geschichte der Frauenbewegung, vorgeschlagen wurde er von der Sozialistin Clara Zetkin. Dieser Tag sollte ein Kampftag für das Frauenwahlrecht und die Gleichberechtigung der Frau sein. Seit 100 Jahren wird am 8. März daran erinnert, dass die Rechte der Frauen noch lange nicht durchgesetzt worden sind. In über 150 Ländern wird an diesem Tag auf die Unterdrückung der Frauen in vielen Ländern dieser Erde verwiesen, wird daran erinnert, dass Frauen noch immer weltweit Opfer von Gewalt werden, wird darauf verwiesen, dass selbst in den hochentwickelten Industrienationen die Frauen nicht gleichberechtigt sind.

Bei uns in Deutschland wurde das Frauenwahlrecht 1919 eingeführt, der Gleichstellungsartikel 1949 im Grundgesetz verankert. Die Gleichberechtigung war und ist damit aber nicht erreicht.

Alleinerziehende Frauen erhielten beispielsweise nicht das Sorgerecht (damals noch elterliche Gewalt) für ihre Kinder, es wurde ein Amtsvormund installiert. Frauen mussten die Erlaubnis ihrer Ehemänner haben, wenn sie arbeiten wollten. Die Frau sollte zu Hause bleiben, die Hausarbeit erledigen, die Kinder erziehen, den Mann versorgen. Abtreibun-

gen waren verboten. In den Universitäten waren Frauen deutlich unterrepräsentiert, sie wurden diskriminiert. Die 68er Bewegung setzte hier einiges in Bewegung. Überall wurden Frauengruppen gegründet, Aktionen gegen den § 218 hatten ihren Höhepunkt in der Selbstbechtigungsaktion von Frauen im Stern, die Aktion „Mein Bauch gehört mir“ folgte. Ab den 80er Jahren wurde die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen durch die Einrichtung von Gleichstellungsstellen, Frauenbeauftragten, Frauenbüros institutionalisiert. Es wurden Frauenhäuser gegründet, die heute teilweise ihre Arbeit aufgeben müssen. Nicht etwa, weil sie nicht gebraucht würden, sondern weil die Gelder gestrichen werden.

Wie sieht es 2011 bei uns aus?

- Noch immer verdienen Frauen 20 % weniger als Männer. Sie arbeiten häufig im Niedriglohnbereich. Noch immer gibt es eine weibliche Armut.
- Noch immer sind vor allem alleinerziehende Mütter wegen der fehlenden Krippen- und Kitaplät-

ze mehr oder weniger gezwungene Hartz IV-Empfängerinnen.

- Noch immer erhalten Frauen nur 60 % der Rentenleistungen von Männern.
- Noch immer ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht durchgesetzt. Viele Frauen stehen vor der Entscheidung entweder Familie oder Beruf.
- Noch immer sind mit der häuslichen Pflege von Angehörigen vor allem Frauen belastet, dies geht zu Lasten der Berufstätigkeit.

• Noch immer ist die Durchsetzung der Quotenregelung keine Selbstverständlichkeit.

Aus diesem Grund wird am 8. März hier und in allen Ländern dieser Erde immer wieder für die Gleichberechtigung der Frau demonstriert werden. Der 8. März ist Symbol für den dauernden Kampf für die Rechte der Frauen. Auch wenn die Rechte der Frauen in dieser Gesellschaft nicht grundlegend durchgesetzt werden können, machen wir uns für jeden Schritt in die Richtung der Befreiung der Frau stark.

hvs



## Inhalt:

Seite 2:  
Mit der Reichsbahn in den Tod:  
Organisierter Raubmord / Zum Zug  
der Erinnerung

Seite 3:  
Sozialbündnis klärt auf: 5-Euro  
Debatte verschleiert Kahlschlag bei  
Hartz IV

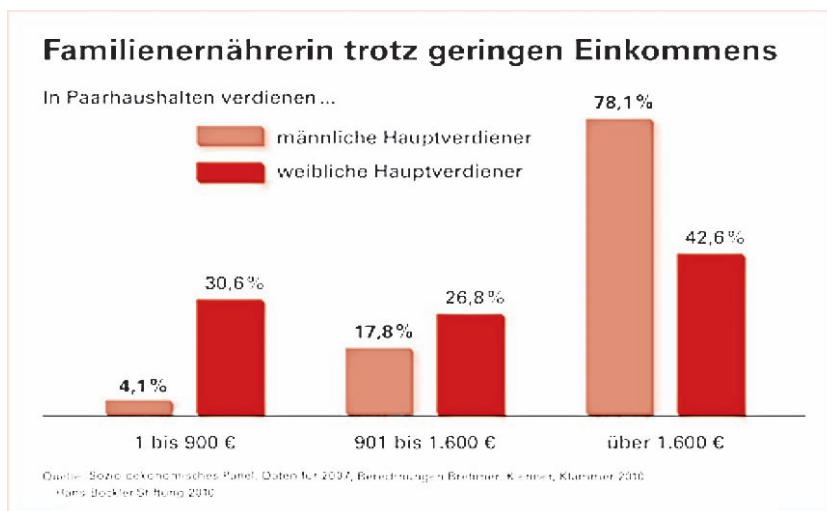
Seite 4:  
Erklärungen der Partei DIE LINKE  
zur Hartz IV Entscheidung

Seite 5:  
Reges Interesse an Veranstaltung  
des Sozialbündnis Krefeld - Der  
vergessene Skandal

Seite 6:  
Gedenkort Hansahaus

Seite 7:  
Der Widerspänstigen Volkszählung

Seite 8:  
Versorgen statt vertreiben / Ein  
neues Büro für DIE LINKE in Krefeld  
/ Impressum



# Mit der Reichsbahn in den Tod: Organisierter Raubmord

Vor 50 Jahren begann in Jerusalem der Prozess gegen Adolf Eichmann, im Reichssicherheitshauptamt zuständig für die Transporte in die Vernichtungslager. Noch vor Gericht klagte er über die Schwere der Aufgabe: Millionen Menschen mussten quer durch ganz Europa über Tausende Kilometer transportiert werden, der Fahrplan genau abgestimmt mit dem Sklavenbedarf und den Vernichtungskapazitäten in den Lagern. Auch unter sich verschärfenden Kriegsbedingungen waren Transportmittel, Kohlen, Begleitpersonal und ein funktionierendes Schienensystem zu organisieren, oft noch bis in das Jahr 1945.

Dem Reichssicherheitshauptamt gelang diese Logistik des Völkermords mit einem Geschäftspartner, der Deutschen Reichsbahn. Die SS bestellte die Züge bei der Reichsbahn, in der Regel sechs Wochen vor dem jeweiligen Transport. Die Opfer mussten, noch bevor sie in die Waggons gepfercht wurden, durchschnittlich 50 Reichsmark an das Reichssicherheitshauptamt zahlen, das wiederum den Fahrpreis an die Reichsbahn überwies: Zwei Reichspfennige pro Person und Kilometer, Kinder unter zehn die Hälfte, Kinder unter vier durften umsonst in die Mordstätten fahren. Immer einfache Fahrt: Rückfahrten gab es für die Menschen selbstverständlich nicht. Die Reichsbahn stellte für jeden Transport die notwendigen Reichsbahner, wie Lokführer und Heizer. Bewacht wurden die „Fahrgäste“ meist von der zuständigen Ortspolizei der Herkunftsorte, die sie schon vor Beginn der Fahrt in die Waggons getrieben hatte. Verdient hat die Reichsbahn bei dieser mörderischen Logistik bis 1945 umgerechnet etwa 445 Millionen Euro. Vor Fahrtantritt wurden die Menschen enteignet. Schließlich sollten alle „Volksgenossen“ am Raubmord verdienen. Spätestens an den Sammelstellen in den Herkunftsorten verteilten die zuständigen Gerichtsvollzieher der örtlichen Finanzämter „Vermö-

gensaufstellungen“ an die Deportationsopfer, die für jede Frau, jeden Mann und jedes Kind auszufüllen waren.

Diese Gerichtsvollzieher protokollierten jede Art von Eigentum: Vom Bargeld über die Möbel, das Mobiliar, die Kleidung und die Wäsche bis hin zum Kinderspielzeug. Nach dem Abtransport der Menschen wurde das Eigentum verwertet: Das Geld erhielt die Staatskasse, alles andere wurde von den Gerichtsvollziehern un-

aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, Möbel, Kücheneinrichtungen, Gemälde oder Bücher nach Deutschland, geschätzt werden ca. 30.000 Waggons. Auch dieses Raubgut wurde in den deutschen Städten von den örtlichen Finanzämtern versteigert, zugunsten der Staatskasse.

„Volksgenossen“, die Lust auf Veränderung hatten, wurden von der Reichsbahn in das besetzte Polen transportiert, selbstver-

schäft ein Ende gesetzt hatten, forschten nach dem Verbleib des Eigentums. Manchmal berichteten die örtlichen Finanzämter. Das Finanzamt Krefeld allerdings schrieb 1948 an die Oberfinanzdirektion Düsseldorf, alle Akten seien durch „Kriegseinwirkungen“ vernichtet, auch die Unterlagen der Gerichtsvollzieher, die sie zuhause aufbewahrt hatten. Allerdings musste das Finanzamt Krefeld zugeben, sich mit Möbeln aus früherem jüdischem Besitz ausgestattet zu haben. Diese „Vernichtung“ hatte System. Der letzte Gobbelsbefehl in „Judensachen“ lautete, alle Akten in dieser Angelegenheit zu vernichten, damit sie nicht in die Hände des „Feindes“ fallen. 1960 erhielt das Finanzamt Krefeld umfangreiche Aktenpakete aus der Oberfinanzdirektion Düsseldorf, in denen Raubaktionen dokumentiert waren. Auf telefonische Anfrage teilte das Finanzamt Krefeld im Jahre 2011 (!) mit, diese Akten seien im Finanzamt nach 1960 vernichtet worden, wann und warum sei unbekannt. Das Finanzamt zeigt sich am Vorgang nicht weiter interessiert.

Und wie geht die Deutsche Bahn, Rechtsnachfolgerin der Deutschen Reichsbahn, mit den früheren Geschäften um? Sie bietet den noch nicht gestorbenen früheren „Fahrgästen“ 20 Euro an, auf Antrag, gestreckt auf mehrere Jahre, pro Monat 55 Cent. Auch der „Zug der Erinnerung“ muss an die Bahn zahlen, Geschäft bleibt Geschäft: Ca. 1.000,- Euro pro Tag. Bis jetzt hat die Bahn durch diese Erinnerung an die Ermordeten über 200.000 Euro eingenommen. Dieses Geschäft ist allerdings bei der Bahn nicht beliebt: Der „Zug der Erinnerung“ hofft, dass alle geplanten Stationen angelaufen werden können.

W. D.

## Zug der Erinnerung

**Krefeld, Hauptbahnhof, Gleis 5**

**20 März - 22. März**

**"Nach der Deportation:**

**Die Nachbarn bereichern sich"**

**Ausstellung in der VHS Krefeld**

**31. März - 14. April**

**In der VHS kann nur ein sehr kleiner Teil der Ausstellung präsentiert werden, eher ein Zitat der Ausstellung. Evtl. ist kurzfristig und stattdessen die gesamte Ausstellung im Südbahnhof zu sehen.**

ter den früheren Nachbarn vor Ort meistbietend versteigert. Die Erlöse fielen wiederum an die Staatskasse, verwaltet durch die örtlichen Finanzämter. Die leeren Wohnungen durften die deutschen „Volksgenossen“ beziehen.

Wenn die Reichsbahn die Mordopfer abgeladen hatte, wurden die Waggons mit Raubgut beladen: Verwertungsmaterial aus den Vernichtungslagern, Haare oder letzte Kleidungsstücke oder Zahngold. Die Reichsbahn brachte aus den Wohnungen der deportierten Menschen in den besetzten Gebieten, besonders

ständig in gepflegten Waggons. Hier waren viele Wohnungen und Häuser leer geworden: Das Land sollte „deutsch“ werden und Mobiliar stand ja auch genügend zu Verfügung.

Alle diese Transporte bedeuteten ein gigantisches Geschäft. Die Reichsbahn verzeichnete für 1943 gegenüber dem Vorjahr einen Gewinnzuwachs von über 30%.

Aus Krefeld fuhr der erste Menschentransport über Düsseldorf nach Lodz am 25.10. 1941. Der letzte Transport verließ Krefeld am 14. September 1944.

Die Alliierten, die diesem Ge-

# Sozialbündnis Krefeld klärt auf: 5-Euro-Debatte verschleiern Kahlschlag bei Hartz IV

**Am 11. Januar 2011 hatte das Sozialbündnis Krefeld in das Arbeitslosenzentrum (ALZ) eingeladen. Thema des Abends waren die Änderungen die bei Hartz IV entweder schon mit Beginn des neuen Jahres in Kraft getreten sind oder noch drohen, wenn die Vermittlung zwischen Bundestag und Bundesrat abgeschlossen ist. Als fachkundige Referenten informierten Jo Greyn und Werner Fleuren, beide Berater im ALZ.**

Im Windschatten der 5-Euro-Debatte wurde die umfangreichste Novelle von Hartz IV durchgebracht. Ausgangspunkt dabei war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nachdem die Regelsätze nachvollziehbar entwickelt werden müssen. Unmittelbar nach diesem Urteil begann eine beispiellose mediale Hetze gegen Erwerbslose, eingeleitet von einer Kampagne über angeblich massenhaften Alkohol- und Nikotinmissbrauch unter ALG II-BezieherInnen.

## Regelsatz kleingerechnet

Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass die im Bundestag beschlossene Erhöhung des Eckregelsatzes ALG II um 5 Euro auf 364 Euro monatlich offenbar schon seit 2008 eingeplant war. Um exakt zu dieser offenbar politisch gewollten Regelsatzhöhe zu kommen, hat das Arbeitsministerium zunächst die Referenzgruppe für die Einkommensstichprobe verändert und verkleinert. Die sog. Aufstocker und nicht im Transferbezug stehenden Armen werden nicht mehr herausgerechnet. Gleichzeitig wurde die Referenzgruppe von 20% auf 15% der Einkommensschwächsten verkleinert. Diese Änderungen bedeuten 17 Euro

Minus, 4,9% weniger ALG II! Die Debatte über Alkohol- und Nikotinmissbrauch führte zur Streichung von diesbezüglichen Positionen im Bedarf. Folge ist ein Minus von 16 Euro, 4,5%. Nach Streichung des Postens „Gaststättenbesuche“ ergab sich ein weiteres Minus von 18 Euro, 5%. 53 Euro sind somit aus dem Bedarf herausgenommen worden, obwohl diese Standards bislang anerkannt waren. Wenn diese 53 Euro nicht herausgenommen worden wären, ergäbe sich ein Eckregelsatz von 417 Euro, denn als neue Posten mussten Internetnutzung und Praxisgebühr berücksichtigt werden. Fazit der geplanten Veränderungen: 1,1 Mrd. Euro Mehrausgaben, gleichzeitig werden in den kommenden 4 Jahren je 7,5 Mrd. Euro im Sozialetat eingespart. Ein großer Teil davon wurde schon zu Jahresbeginn bei Hartz IV-BezieherInnen „eingespart“.

## Entmündigt und immer weiter entrechtet

„Würde, Gleichheit und Solidarität? Davon bleibt nicht viel übrig“, führt Jo Greyn aus. Statt dessen erleben die von Hartz IV Betroffenen den Kampf um die nackte Existenzsicherung und eine entwürdigende Behandlung durch eine als nicht nicht hilfreich empfundene Behörde. Diese Behörde wurde übrigens mit dem Jahresbeginn umstrukturiert und umbenannt. Was einmal ARGE war, heißt nun Job-Center. Diese Umstrukturierung geht einher mit dem Versuch einer weiteren Entrechtung der Betroffenen. Die Spielräume für Berater werden dabei enger. Verschlechtert haben sich mit Jahresbeginn die Möglichkeiten gegen fehlerhafte Bescheide der Behörde Rechtsmittel einzulegen.

Die Rücknahme eines rechtswidrigen Bescheides wird bei ALG II auf 1 Jahr verkürzt. Es ist bezeichnend, dass diese rechtliche Schlechterstellung nur Hartz IV-BezieherInnen trifft. In allen anderen Fällen bleibt es bei der 4-Jahres-Frist.

Erhalten bleibt den Betroffenen die Gängelung durch die Behörde. Dieser wird das Verhängen von Sanktionen gegen LeistungsbezieherInnen sehr erleichtert: Die bisher vorgeschriebene Aufklärung über die Folgen unerwünschten Verhaltens wurde gestrichen, die unterstellte



Kenntnis dieser Folgen reicht künftig aus. Gegen verhängte Sanktionen kann nun kaum noch vorgegangen werden. Existenzgefährdend für Familien kommt noch hinzu, dass ab sofort Kinder für eventuelles Fehlverhalten ihrer Eltern haften. Ohne weiteres Verfahren wird einer Bedarfsgemeinschaft 30% der Leistungen gestrichen, durch den Sachbearbeiter wird dabei sofort aufgerechnet. Bisher galt, dass mit bis zu 30% der Regelleistung des erwachsenen Erwerbslosen sanktioniert wurde. Dieses Ermessen fällt nun weg, 30% der gesamten BG sind zwingend zu verhängen. Es ist auffällig, dass im Gesetz nun der Begriff „sozialwidriges Verhalten“ sehr stark betont wird. Hier sind neue Möglichkei-

ten für Sanktionen angelegt. Hierbei gibt es dann auch wieder Ermessensspielräume der Sachbearbeiter. Betroffene müssen aufpassen: Auch falsches Heizen kann sozialwidriges Verhalten sein und zu Rückforderungen führen.

## Finanzieller Druck auf Erwerbslose wird noch größer

Wenigen anerkennungswürdige Änderungen im Gesetz stehen viele materielle Verschlechterungen gegenüber. Kleine Erleichterungen gibt es für Menschen, die den Leistungsbezug verlassen. Die Zahlungslücke zum Übergang in die Rente wird geschlossen, ebenso auf Darlehensbasis bei Beginn einer Ausbildung. Der Leistungsanspruch bei Antragstellung gilt ab sofort rückwirkend zum jeweiligen Monatsanfang. Der Arbeitnehmer selbstbehalt steigt minimal auf 120 Euro pro Monat, bis 10 Euro monatliches Einkommen sollen anrechnungsfrei sein. Einige Sonderbedarfe müssen ab sofort übernommen werden. Dazu gehören Kosten für das Umgangsrecht, Besuche von Partnern im Gefängnis und ausgewählte unabweisbare Bedarfe (medizinischer Bedarf, orthopädische Schuhe, therapeutisches Gerät). Entsteht darüber hinaus unabweisbarer Bedarf, z.B. weil die Waschmaschine kaputt geht, so gilt: Das Darlehen wird mit 10% aufgerechnet. Auch Mietkautionen werden neuerdings mit 10% aufgerechnet. Schwer getroffen haben die Gesetzesänderungen Hartz IV-BezieherInnen, die aus ALG I in ALG II abrutschen. Der zweijährige Übergangszuschlag von maximal 160 Euro/Monat wurde gestrichen. Ebenfalls gestrichen wurde

Fortsetzung Seite 4

betroffenen Eltern das Elterngeld. Hier gibt es nur noch für Mütter, die vor der Geburt des Kindes berufstätig und nicht im Leistungsbezug waren einen Anspruch. Da der Rotstift schon einmal bei den Familien im Hartz IV – Bezug angesetzt wurde, ging es gleich weiter: Das Pflegegeld, welches Pflegeeltern erhalten, wird seit Jahresbeginn als Einkommen angerechnet, sofern mehr als zwei Pflegekinder betreut werden. Nicht besser geht es ehrenamtlich und politisch tätigen Erwerbslosen: Aufwandsentschädigungen werden unbesehen

des Aufwands für den sie gezahlt werden, ab sofort als Einkommen angerechnet. Regelsätze von Erwachsenen über 25, die im Haushalt der Eltern wohnen werden abgesenkt von 359 auf 291 Euro. Faktisch handelt es sich hierbei um eine Kürzung von 126 Euro für Behinderte, da fast nur Behinderte, die keinen eigenen Haushalt führen können, im Erwachsenenalter im elterlichen Haushalt verbleiben. Betroffen macht auch, dass die Kinderregelsätze wider Erwarten nicht erhöht, sondern auf Jahre eingefroren werden. Der vom Bundesverfassungsgericht einge-

forderte Bildungsbedarf der Kinder soll über ein vom Umfang unzureichendes, bürokratisches Gutscheinsystem geregelt werden.

### **Kosten der Unterkunft demnächst nach Kassenlage der Kommune**

Die Unterkunftskosten sollen zukünftig pauschaliert werden. Dazu muss die Kommune zunächst eine Satzung erlassen. Den Kommunen soll hier gestattet werden Politik nach Kassenlage zu Lasten der Ärmsten der Armen zu machen. Diesen drohen Ghetto-

sierung und die weitere Verelendung. Gegen diese Pauschalierung gibt es dann keine individuelle Klagemöglichkeit mehr. Denkbar ist nur noch ein Normenkontrollverfahren beim Landessozialgericht. Denkbar ist allerdings auch, vor Ort in der jeweiligen Kommune Druck aufzubauen, damit die Kosten der Unterkunft weiter in voller Höhe übernommen werden.

Edith Bartelmus-Scholich,  
12.1.2011

Quelle: [www.scharf-links.de](http://www.scharf-links.de)  
Kurzlink zum Artikel: <http://tinyurl.com/47n3t4a>

## **SPD will sich aus der Verantwortung stehlen**

**Einen Tag nach der Zustimmung in Bundestag und Bundesrat zweifeln der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel und Ministerpräsident Kurt Beck öffentlich an der Verfassungsrechtlichkeit der Neuregelung der Hartz-Gesetze. Dazu erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Lötzsch:**

Gabriel und Beck machen ihre miese Politik auf Kosten von mehr als sieben Millionen Langzeitarbeitslosen und Menschen, die trotz Arbeit so wenig verdienen, dass sie zum Amt gehen und aufstocken müssen. Beck und Gabriel haben einem Gesetz zugestimmt, das zu Lasten der Arbeitslosen und ihrer Familien geht. Einen Tag nach der Abstimmung zweifeln sie öffentlich an dessen Verfassungskonformität. Damit will die SPD-Führung darüber hinwegtäuschen, dass sie einem völlig inakzeptablen Gesetz zugestimmt hat. Sie will sie sich aus der Verantwortung stehlen.

Ich fordere all diejenigen Abgeordneten der SPD auf, die sich wirklich um die sozialen Probleme in unserem Land sorgen, eine Normenkontrollklage der Fraktion DIE LINKE zu unterstützen.

# **Hartz-IV-Kompromiss geht zulasten der Betroffenen – DIE LINKE fordert einen gesetzlichen Mindestlohn und einen Regelsatz von 500 Euro**

### **Erklärung des Parteivorstandes vom 21. Februar 2011**

Für uns bleibt es dabei: Hartz IV muss weg. Das Hartz-IV-System produziert Armut und setzt Beschäftigte unter Druck. Wir wollen eine echte sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut dauerhaft in die Geschichtsbücher verdammt. Unsere Forderungen nach einem Mindestlohn von zehn Euro die Stunde und einem Regelsatz von 500 Euro in dieser Legislaturperiode sind weiterhin gerecht und richtig. Nach mehrwöchigen Verhandlungen haben sich die Hartz-IV-Parteien CDU, CSU, SPD und FDP im Ringen um den Hartz-IV-Regelsatz geeinigt. Die Verkündung dieser Einigung nur wenige Stunden nach der Schließung der Hamburger Wahllokale zeigt, dass die beteiligten Parteien die Wählerinnen und Wähler bewusst täuschen wollten, weil sie ihre wahlpolitischen Interessen über

die Belange der Betroffenen stellen.

Die geplante rückwirkende Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes um nur fünf Euro ist ungenügend und entspricht nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und ist eine Verhöhnung der Betroffenen. Statt eines verfassungskonform ermittelten Regelsatzes wurden haushalts-politische Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt. Die Korrektur des schwarz-gelben Regelsatzes um drei Euro im nächsten Jahr ist für die Betroffenen faktisch keine Erhöhung. Diese drei Euro holen allein einen ausgelassenen Inflationsausgleich nach. Die SPD hat für die Betroffenen damit keine zusätzliche Erhöhung erreicht.

Millionen niedrig bezahlte Beschäftigte sind bei den Verhandlungen zwischen Union, FDP und SPD leer ausgegangen: Ohne einen gesetzlichen Mindestlohn

wird es weiterhin Lohndumping und einen stetig wachsenden Niedriglohnsektor geben. Eine neue Runde des Lohndumpings im Zuge der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai diesen Jahres wird damit sehenden Auges in Kauf genommen. Die SPD lässt fast eine Million Leiharbeiter/innen im Regen stehen: ohne den "Equal-Pay"-Grundsatz werden Leihbeschäftigte weiterhin durchschnittlich ein Drittel weniger Lohn bekommen, das Zwei-Klassen-System der Leiharbeit wird damit fortgeschrieben.

Dieser Kompromiss – ein Kompromiss zulasten der betroffenen Erwerbslosen und Beschäftigten – ist vorsätzlicher Verfassungsbruch. DIE LINKE wird dem nicht zustimmen und eine erneute Überprüfung vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützen.

# Betroffene sind wütend

Die Informationsveranstaltung am 11.01.2011 war bisher die am besten besuchte des Sozialbündnis Krefeld. Über 70 Personen kamen in das Arbeitslosenzentrum (ALZ) Krefeld-Meerbusch. Unter ihnen waren viele Betroffene, bzw. von Alg II abhängige Menschen. Dieser Erfolg stellt eine deutliche Steigerung zur ersten Veranstaltung des Sozialbündnisses, „Kopfpauschale durch die Hintertür“ am 17.11.2010 dar. Auch diese war relativ gut besucht gewesen.

Nach den sehr informativen Vorträgen (siehe Artikel „5-Euro-Debatte verschleiert Kahlschlag bei Hartz IV“ auf den Seiten 3 und 4)

war bei den Zuhörenden die berechnete Wut deutlich zu spüren. Es entwickelte sich eine angeregte Debatte. An ihr beteiligten sich auch mehrere Mitglieder des Kreisverbandes Krefeld der Partei DIE LINKE und anderer Parteien. Hauptthema war die Einordnung der Alg II-Verschlechterungen in den jahrelang fortgesetzten Sozialabbau durch Interessen der Arbeitgeberverbände und ihnen dienenden Regierungen. Viele von Alg II ÜBERlebende beklagten den Mangel, in den herrschenden Medien fast keine Plattform zu erhalten. Empörung über das Regierungshandeln und über die

Ignoranz der Massenmedien gegenüber dem jahrelang fortwährenden Sozialabbau mischte sich mit der Frage: „Was tun dagegen?“ Die Diskussion darüber wird das Sozialbündnis und natürlich auch DIE LINKE. noch lange beschäftigen. Eines ist am 11.01. bereits deutlich geworden: um einen Kurswechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu erkämpfen, ist u.a. der Ausbau der Gegenöffentlichkeit im Internet und auf der Straße notwendig. Denn die veröffentlichte Meinung der Massenmedien steht auf der Seite der Verursacher von Hartz IV, millionenfacher Armut, Ausbeutung und

wachsendem Reichtum weniger zehntausend Menschen.  
St. H.

*Viele Menschen setzen sich seit Jahren mit ihren Organisationen für eine sozialere Politik ein. Verbessert hat das wenig. Die BündnispartnerInnen des Sozialbündnis Krefeld sind deshalb überzeugt, dass sich die negative Entwicklung der letzten Jahre nur durch eine gemeinsame Gegenwehr aufhalten lässt.*

*Bei aller Unterschiedlichkeit werden wir uns gegenseitig respektieren und den Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit gemeinsam und solidarisch gestalten - gewaltlos, aber konsequent.*

*[www.sozialbueundnis-krefeld.de](http://www.sozialbueundnis-krefeld.de)*

*Weitere Organisationen Bewegungen und Einzelmitglieder sind herzlich willkommen*

# Der vergessene Skandal

**In der Rede zum Haushalt der Stadt Krefeld hat der Ratscherr der Partei DIE LINKE Basri Cakir von einem „Unmenschlichkeitssystem namens HartzIV“ gesprochen. In einem Artikel in RP-Online vom 29.1.2011 mit dem Titel „Der unentdeckte Eklat“ sprach der Verfasser des Artikels davon, diese Formulierung sei „die Diffamierung dieses Sozialstaates“. Die Stadt Krefeld würde ja schließlich viel mehr für den Bereich Soziales als für den Bereich Bildung ausgeben. Ich möchte hier nicht mit der gleichen Polemik antworten, die der Verfasser in seinem Artikel angewandt hat.**

Im Artikel 1 Satz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht wörtlich: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“.

Im § 1 des Sozialgesetzbuches steht über das Recht der Sozialgesetzbuches : „Es soll dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge

Menschen, zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen.“

Meines Wissens nach gelten derzeit noch beide Gesetze; sie sind meiner Meinung nach noch nicht abgeschafft worden.

Die derzeitige Praxis der HartzIV - Gesetze verstößt laufend gegen diese beiden Grundsätze, und daher muss HartzIV als „Unmenschlichkeitssystem“ bezeichnet werden.

Entspricht es etwa der Menschenwürde, wenn der tägliche Satz für die Ernährung eines HartzIV-Empfängers ( demnächst Euro 4,20) niedriger ist als der eines Polizeihundes (Euro 6,80)?

Entspricht es der Menschenwürde, wenn junge schwangere Frauen drei Monate vor der Niederkunft trotz ärztlichen Attests gezwungen werden sollen, einen 1-Euro-Job in einer Küche anzutreten; diesen dann bei Weigerung sämtliche Leistungen gekürzt werden?

Entspricht es der Menschenwürde, wenn Behinderte über 25, die

noch bei ihren Eltern wohnen, nur 80 % des Regelsatzes erhalten?

Es entspricht meiner Meinung auch nicht der Menschenwürde, wenn der Vermittlungsausschuss monatelang um die Regelsätze schachert und es als glorreicher Kompromiss gefeiert wird, die Regelsätze 2011 um Euro 5,00 und 2012 nochmals um Euro 3,00 zu erhöhen.

Es ist noch nicht lange her, dass innerhalb weniger Tage ein Bankenrettungsschirm mit einem Volumen von ca. Euro 500 Mrd. (500.000.000.000,00) aufgespannt wurde; die Neuregelung der HartzIV-Gesetze Mehrkosten von nur 1,6, Mrd. Euro verursacht. Warum wird nicht vehement deutlich gemacht, das die Senkung des MwSt. Satzes für Hoteliers Mindereinnahmen von ca. 4,8 Mrd. verursacht hat?

Hier wird auch nicht thematisiert, dass die ständige Verletzung des Konnexitätsprinzips\*) den Kommunen laufend finanzielle Lasten aufbürdet, die sie demnächst nicht mehr werden erfüllen können. Die ständigen Änderungen der steuerlichen Gesetzgebung des Bundes in den letzten 20 Jahren haben jetzt schon viele Kom-

munen in den Nothaushalt getrieben.

Es wird auch nicht danach gefragt, wieso trotz des angeblichen „Jobwunders“ die Zahl der Aufstocker, die ganztätig arbeiten, auch in Krefeld immer mehr steigt.

Und ganz schlimm wird es dann, wenn die verschiedene Bereiche der Politik gegeneinander ausgespielt werden.

Nur eine gerechte Steuergesetzgebung und eine Umkehrung der Umverteilung von unten nach oben ,die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, etc. wird auch die Kommunen wieder in die Lage versetzen, eine soziale Politik für alle Menschen einer Stadt zu betreiben.

**Diese alles ist für mich ein „vergessener Skandal“.**  
M.B.

\*) Konnexitätsprinzip: „verfassungsrechtliche und finanzwissenschaftliche Regel, nach der die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe (Finanzierungshoheit) von demjenigen Aufgabenträger zu tragen sind, der über Art und Intensität der Aufgabenerfüllung entscheidet („wer bestellt, bezahlt“). Aus: Gabler Wirtschaftslexikon  
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/konnexitaetsprinzip.html>

# Gedenkort Hansa-Haus

**Das Hansa-Haus in Krefeld schräg gegenüber dem Hauptbahnhof ist ein imposantes Gebäude mit seiner aufwendigen Natursteinfassade im späten Gründerzeitstil und hat eine außerordentlich wechselvolle Nutzungsgeschichte: Zunächst Handels- und Geschäftshaus, nach dem 2. Weltkrieg dann zeitweilig britisches Militärquartier und Zentrum diverser kommunaler Verwaltungsinstitutionen, Standort von Polizei- und Kriminalpolizei, Sparkasse, Postamt, zwischenzeitlich auch Hotel und nach mehrjährigem Leerstand und vollständiger Gebäudesanierung seit 2006/2007 Dienstleistungszentrum des Caritasverbandes.**

**Während des Nazifaschismus war das Haus von 1932 bis 1937 Hauptquartier der Gestapo, bis 1935 hatten daneben die Kreisleitung der NSDAP und weitere NS-Einrichtungen dort ihren Sitz.**

Die Geschichte des Hansa-Hauses beginnt 1913. Planerisch ging es damals wie heute darum, zumindest städtebaulich an die Metropolen aufzuschließen, die Wirtschaft zu beleben, großstädtisches Flair auf den Ostwall zu bringen und ebenso wie in Köln und Essen ein großzügiges Handelshaus zu errichten.

Der Beginn des 1. Weltkrieges (1914) behindert zunächst nicht den Baubeginn des Hansa-Hauses, aber die wirtschaftlichen und personellen Probleme belasten das Bauprojekt schwer. Viele Arbeiter werden zum Kriegsdienst eingezogen, die einzelnen Bauabschnitte verzögern sich deshalb mehrfach. Mit der Idee lokale Firmen zu stärken und dort Arbeitsplätze zu sichern, setzt sich die Stadt dem Vorwurf aus, nicht wirtschaftlich zu agieren, da die Angebote der Krefelder Baufirmen nicht immer die günstigeren gewesen sind.

Im Januar 1916 wird zwar die Eröffnung des Hansahauses gefeiert, aber nur einige wenige Teile des Gebäudes sind bis dahin fertig gestellt. Auch können wegen der Kriegereignisse nicht alle Teile des Gebäudes vermietet werden, so dass die Nutzungsausfälle des Hansa-Hauses ein großes finanzielles Loch in die Kasse der „Hansahauses-Gesellschaft mbH“ riss. Die Stadt muss in diesem Zeitraum und auch später immer wieder die Defizite ausgleichen, die unter der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der damit verbundenen Geldentwertung immer größer werden.



Zum 1. Januar 1926 geht das Hansa-Haus schließlich komplett in den Besitz der Stadt Krefeld über. Das Hansa-Haus wird ab den 1930er Jahren nun zu einem Gebäude mit mehr öffentlicher als privater Nutzung, auch und gerade wegen seiner verkehrsgünstigen strategischen Lage am Hauptbahnhof.

Ab 1932 befindet sich das Hauptquartier der Gestapo dort und wird im September 1937 in die Goethestr. 108 verlegt.

1934 wird das Haus umfangreich modernisiert und das Erdgeschoss für den Einzug des 2. Poli-

zeireviere aufwendig hergerichtet.

Auch die NSDAP und die NSKOV (NS-Kriegsopferversorgung) hatten vorübergehend Räumlichkeiten angemietet, die 1935 gekündigt worden sind.

Während des 2. Weltkrieges waren daneben viele kriegsbedingte Organisationen im Hansa-Haus untergebracht, wie die Luftschutzzentrale und der Sicherheitshilfdienst.

Der Börsensaal diente in den letzten Kriegsjahren als Kino und der NSDAP als Versammlungssaal.

In den Börsensaal wurden auch im Mai/ Juni 1943 viele Jugendli-

ebenfalls, warfen ihre Stühle in andere große Fenster und stürmten durch die zerstörten Scheiben nach draußen auf den Deutschen Ring zum Bahnhof hin. Die Versammlung fand durch den Aufruhr der Jugendlichen ihr Ende, ohne dass die Soldaten eingriffen. Der Vorfall wurde von Behörden unter Verschluss gehalten. Radio England berichtete allerdings über die „Krefelder Krawalle“.

In der vom NS-Dokumentationszentrum jüngst für den Kulturausschuss des Stadtrates zusammengestellten Auflistung von Gebäuden, die während des Faschismus von NS-Organisationen und staatlichen Institutionen genutzt worden sind (siehe Rheinische Post vom 15.02.2011), nimmt das Hansa-Haus eine prominente Stellung ein: Es war nicht nur Ort von Institutionen der Unterdrückung und Verfolgung, sondern auch des Widerstands gegen den Nazi-Terror.

Die Ratsgruppe DIE LINKE.Krefeld hat deshalb bereits Ende vergangenen Jahres beantragt, diesen Gedenkort besonders herauszustellen und am Hansa-Haus eine Mahntafel anzubringen, auf der auf die Nutzung durch NS-Einrichtungen während der Nazizeit hingewiesen und an die Zivilcourage der Jugendlichen des Krefelder Krawalls erinnert wird.

Quellen: Mührmeister, Claudia: „Hansahauses Krefeld- die Lebensgeschichte eines Gebäudes“ in: die Heimat 78/2007, 36-42

Gobbers, Wilhelm: „Jugend in Krefeld 1933 - 1945“ in: die Heimat 73/2002, 85-90

D.F./U.M.

# Der Widerspenstigen Volkszählung

„Ermöglicht die hiesige Wohnung die Führung eines eigenen Lebenshaushalts?“, „Wohnen Sie in Ihrer Wohnung mit einem Partner/einer Partnerin in einer Lebensgemeinschaft zusammen, die weder Ehe noch eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft ist?“ oder „Haben Sie in den letzten vier Wochen etwas unternommen, um Arbeit zu finden?“ So und noch Schlimmer lauten die Fragen, die Vater Staat

chungsstaat und gläsernem Bürger ist seit der Videoüberwachung an deutschen Bahnhöfen, den Diskussionen um den Nacktscanner an deutschen Flughäfen und der Vorratsdatenspeicherung nur noch selten die Rede.

Im Zensusgesetz von 2009 ist festgelegt, in welchem Umfang die Daten aus den Registern der Meldebehörden und der Bundesagentur für Arbeit erhoben werden. Vater Staat ist bereits kräftig am Schnüffeln: Neben der Einwohnerzahl werden also auch Daten zu Arbeit oder Wohnverhältnissen der Bürger erhoben. Als Quelle dienen vor allem Behördenregister. Da diese Daten aber nichts über Bildungsstand und Migrationshintergrund aussagen, wird zusätzlich ein Drittel der Bevölkerung direkt befragt. Mit der Gebäude- und Wohnungszählung können Rückschlüsse auf Gemeinschaftsunterkunft, Alleinstehend, Kinderzahl etc. gezogen werden. In einer Stichprobe bekommen weitere zehn Prozent aller Bürger einen Fragebogen per Post zugeschickt. Spezielle Fragen gibt es für „sensible Sonderbereiche“. Dazu gehören Sie, wenn Sie in einem Erziehungsheim, einer Flüchtlingsunterkunft oder Justizvollzugsanstalt wohnen.

## Volkshör schon zu Bibelzeiten

Der „Arbeitskreis Zensus“, ein Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Datenschützern und Internetnutzern, hält die Volkszählung in ihrer geplanten Form für verfassungswidrig, weil sie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verletze. Das Statistische Bundesamt hält dem entgegen, dass die erhobenen Daten dem Statistikgeheimnis unterliegen und somit der Datenschutz gewährleistet sei. Und wieso werden die Daten dann bis zu vier Jahren gespeichert, Vater Staat?

Massenmedien haben das Thema „Zensus 2011“ nicht auf die Agenda gesetzt und ordnen sich ihrer auferlegten Selbstzensur unter. Dafür findet man in der Bibel Verweise auf einen Zensus. Unter König David wurden vornehmlich wehrpflichtige Männer gezählt, Frauen spielen in der Bibel weniger eine Rolle. Doch weil die Volkszählung nicht von Gott angeordnet wurde, jagte dieser zur Bestrafung die Pest unter die Menschen und forderte viele Opfer. Auch in der sogenannten Weihnachtsgeschichte im Lukas Evangelium heißt es: „Es geschah aber in jenen Tagen, dass eine Verordnung vom Kaiser Augustus ausging, den ganzen Erdkreis einzuschreiben.“ So lässt sich auch die Frage „Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?“ in der stichprobenartigen Haushaltsbefragung erklären. Wer sich nicht in eine öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft unterordnen lässt, folgt der freiwillig zu beantwortenden Frage „Zu welcher der folgenden Religionen, Glaubensrichtungen oder Weltanschauungen bekennen Sie sich? – Christentum, Judentum, Islam – Sunnitischer, Schiitischer oder Alevitischer –, Buddhismus, Hinduismus ...“ Das zeigt, dass mit dem Zensus 2011 gleich nach terrorverdächtig oder nicht sortiert wird. Zudem geht die Frage nach der Religionszugehörigkeit über den eigentlichen

Fragebogen der EU hinaus.

## (K)ein Boykott-Aufruf

„Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht!“ (ZensG 2011 § 18). Wer wissen möchte, wie sich der Aushorchung unter Einhaltung gesetzlicher Vorschriften entzogen werden kann, dem sei Dietrich Kittners 72-seitiges Büchlein „Der Widerspenstigen Zählung“ inklusive CD mit einem bisher unveröffentlichten 60-minütigen Bühnenmitschnitt der Kittner-Satire empfohlen. Der Kabarettist hat exemplarische Maßnahmen erarbeitet, aufgeschrieben und durchgesetzt. Dies sei insbesondere Immobilienbesitzern empfohlen, die müssen nämlich Auskunft über die Mieter ihrer vermieteten Wohnungen geben und beispielsweise angeben, ob die Wohnung ihrer Mieter eine Ferien- oder Freizeitwohnung ist. Das kann dann als staatlich verordneter Spitzelauftrag verstanden werden, was insbesondere die neuen Bundesländer zu verstehen wissen. Satiriker Kittner wünscht dem Volke vorab auf seiner Homepage [www.dietrich-kittner.de](http://www.dietrich-kittner.de) „ein strafloses Überstehen des für Januar 2011 von der Bundesregierung angedrohten, auch ‚Volkszählung‘ genannten Massenverhörs.“



Ihnen beim sogenannten „Zensus 2011“ stellt. Aber nur, wenn Sie zu den zehn Prozent der auserwählten Bevölkerung gehören. In einer Verordnung von 2008 verpflichtet die Europäische Union alle Mitgliedsländer, Daten über die Bevölkerung zu sammeln. Ein Merkmalkatalog legt fest, welche Daten erhoben werden sollen, beispielsweise Familienstand, Arbeit oder Größe des Haushalts. Die Bundesregierung nimmt dies zum Anlass, die eigenen Erhebungen auf den neusten Stand zu bringen. Denn das Statistische Bundesamt in Wiesbaden rechnet noch auf der Grundlage von Daten, die fast dreißig Jahre alt sind. Die letzte Zählung liegt im Fall der Deutschen Demokratischen Republik 1981 und in der Bundesrepublik Deutschland 1987 zurück. Ohne Zweifel hat sich seit dem, nicht nur durch Deutsche Einheit und Europäischen Union, einiges an den Lebens- und Arbeitsverhältnissen verändert (Hartz IV etc.). Das Sicherheitsbedürfnis der Regierung hat sich seit dem radikal ausgebreitet. Von Überwa-



# Versorgen statt vertreiben!

Seit Monaten wird in Krefeld über den Treffpunkt der Schwerstdrogenabhängigen am Theaterplatz diskutiert. Diese Diskussion erlebt Krefeld nun zum wiederholten Male. Die traditionelle Strategie der erzwungenen Verlagerungen des Treffpunktes der Drogenkranken, das "Junkiehooping", betrachtet DIE LINKE. Krefeld als menschenverachtend, ineffektiv und gefährlich. Darum haben wir uns auf allen Ebenen für eine menschenfreundliche Lösung eingesetzt und öffentlich gefordert, die unsägliche Debatte um eine "Umsiedlung" der Menschen zu beenden.

Unser Anliegen ist es, eine akzeptable Situation sowohl für die Drogenkranken als auch für die anderen BürgerInnen zu schaffen. Seit Jahrzehnten fordern Betroffene und menschenfreundlich orientierte KrefelderInnen unter anderem Druckräume (auch "Fixerstuben" genannt), Toiletten und die kostenlose Ausgabe sauberer Spritzen für bzw. an die überwiegend mittellosen Heroinabhängigen unserer Stadt. Dies muss auch dort geschehen, wo sich die Szene hauptsächlich trifft, am Theaterplatz. Im Stadtrat, im Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) und am "Runden Tisch Theaterplatz" haben unsere Ver-

treter diese Forderungen unterstützt. Sie brachten als dringende Maßnahmen sowohl die Aufstellung geeigneter Abfallbehälter für gebrauchte Spritzen und die Errichtung einer Toilettenanlage, als auch den Bau eines wettergeschützten Unterstandes, besser

tation weitgehend angeschlossen und gegen die Stimmen der FDP eine humane und praktikable Lösung auf den Weg gebracht: Die Verwaltung ist u.a. beauftragt worden, "die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes zu prüfen, eine geeignete Toilettenanlage

gemus, Sprecher des Kreisverbandes waren Ende Januar 2011 am Theaterplatz und befragten ca. zehn Heroinabhängige nach ihren Bedürfnissen. Die Betroffenen waren einhellig der Meinung, dass ihr Treffpunkt zentral in der Innenstadt sein müsse. Der Theaterplatz sei eben der geeignete Treffpunkt, wenn die Stadt diesen mindestens mit Toiletten, einem wettergeschützten Unterstand und Mülleimern ausstatte. Am besten sei natürlich ein richtiger Druckraum. Sehr deutlich wurde auch, wie unangenehm vielen Drogenkranken selbst die aktuelle Situation am Theaterplatz ist. Begegnungen mit PassantInnen beim Drogenkonsum oder beim Verrichten der Notdurft z.B. in den Treppenhäusern der Tiefgarage des Seidenweberhauses empfinden die Drogenkranken als überaus peinlich. DIE LINKE. Krefeld wird sich weiter für eine humane Lösung auf dem Theaterplatz einsetzen. Damit geben wir uns aber nicht zufrieden. Auch in Krefeld muss die Abgabe von Heroin auf Krankenschein an Schwerstdrogenabhängige ermöglicht werden. Prinzipiell streiten wir - wie überall in der Bundesrepublik - dafür, Drogenkranke in erster Linie NICHT als Problem, sondern als hilfebedürftige Menschen zu sehen. St. H. / U. Mo.



noch die Schaffung eines Drogenkonsumraumes auf die Tagesordnungen. Auch auf die Einrichtung eines täglichen Reinigungsdienstes haben wir gedrängt. Die linke Hartnäckigkeit scheint zum Umdenken bei einem Teil der anderen Parteien im Stadtrat beigetragen zu haben. Am 17.02.2011 hat sich eine große Mehrheit im Rat der Stadt unserer Argumen-

auf dem Theaterplatz zu installieren" und das bestehende Reinigungskonzept auf dem Theaterplatz zu optimieren. Einige Wochen vor der Ratssitzung hatte DIE LINKE. Krefeld bei den am härtesten Betroffenen selbst nachgefragt. Ulrich Mohren, Sachkundiger Bürger für DIE LINKE. Krefeld am "Runden Tisch Theaterplatz", und Stephan Ha-

## DIE LINKE eröffnet Büro in Krefeld

Der Kreisverband DIE LINKE Krefeld richtet ein Büro gemeinsam mit einem Bürgerbüro des Bundestagsabgeordneten Niema Movasat in der

**Alte Linner Straße 85  
47799 Krefeld**

ein. Das Büro wird in der zweiten Märzhälfte eröffnet. Die Mitgliederversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen werden dann in diesen Räumen stattfinden.



Impressum:

V.i.S.d.P:  
Heidrun von der Stück  
Tackheide 88  
47804 Krefeld  
(02 151) 446 86 64

Fotos: M. G.

[www.dielinke-krefeld.de](http://www.dielinke-krefeld.de)